

Die „Bolivarische Revolution“ – Hoffnung für die Armen Lateinamerikas?

Hartmut Sangmeister

Nach den Wahlsiegen mehrerer nationalistisch-populistischer Führungspersonlichkeiten sehen Beobachter Teile Lateinamerikas auf dem Weg zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Analyse:

Die angestrebte Entwicklung zu einer „direkten Demokratie des Volkes“ und zu einem „solidarischen Wirtschaftssystem“ wird allen voran durch Rhetorik und Politikstil des venezolanischen Staatschefs Hugo Chávez geprägt.

- In den Wählermehrheiten für links-populistische Kandidaten spiegelt sich die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation wider.
- Auch bei anhaltendem Wirtschaftswachstum bleiben in Lateinamerika Millionen Menschen weiterhin in absoluter Armut gefangen, wenn es nicht gelingt, die Ergebnisse des Wachstumsprozesses gleichmäßiger zu verteilen.
- Staatlicher Assistenzialismus kann das Armutsproblem in den lateinamerikanischen Gesellschaften nicht lösen; erforderlich sind Strategien breitenwirksamen Wirtschaftswachstums, von dem die arme Bevölkerung profitieren kann, indem sie zu produktiver Beschäftigung befähigt wird.
- Ein nachhaltiges, entwicklungsförderndes Transformationsprojekt ist in Ländern wie Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Venezuela noch nicht zu erkennen.

Schlagwörter: Lateinamerika, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Populismus, Pro-Poor Growth.

1. Die Ideologie der „bolivarischen Revolution“ und ihrer Protagonisten

Mit dem erklärten Anspruch, die von ihm proklamierte „Bolivarische Revolution“ fortzuführen und zu vertiefen, hat Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez Frías im Dezember 2006 mit mehr als 60% der abgegebenen Stimmen das Mandat für eine zweite Amtszeit erobert (Welsch 2006). Sein rhetorischer Cocktail aus Nationalismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus half ihm erneut, die Wählermehrheit für sich zu gewinnen – vor allem in den ärmsten Bevölkerungsgruppen Venezuelas. Aber nicht nur in Venezuela, sondern auch in Bolivien, Ecuador, Nicaragua und anderen Ländern Lateinamerikas wird die politische Kultur durch eine Renaissance nationalistisch-populistischer Diskurse geprägt. Nach dem Linksruck bei zahlreichen Wahlen des Jahres 2006 sehen Beobachter Lateinamerika auf dem Weg zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – je nach Standpunkt mit Besorgnis oder voller Hoffnung.

In Bolivien hat die sozialistische Partei von Präsident Evo Morales das umstrittene neue Grundgesetz für den Andenstaat mit einfacher Mehrheit im Verfassungskonvent durchgesetzt (Buitrago 2007). Morales konnte sein Amt im Januar 2006 als erster indigener Staatschef in der Geschichte des südamerikanischen Landes antreten, nach einem Wahlkampf, in dem sein Versprechen „das Ende des internen Kolonialismus und die Neugründung Boliviens“ herbeizuführen, bei der Wählermehrheit erfolgreich war (Jost 2006). In den Jahren zuvor hatte Morales als Chef der „Bewegung zum Sozialismus“ (*Movimiento al Socialismo*/ MAS) und Führer der Gewerkschaft der Koka-Anbauer mit einer Doppelstrategie von parlamentarischer und außerparlamentarischer Blockadepolitik sein Land an den Rand der Unregierbarkeit getrieben. Bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt hatte Morales die in Bolivien tätigen multinationalen Erdgas- und Erdölkonzerne unter staatliche Kontrolle gestellt, die Enteignung brachliegender Ländereien angekündigt und eine Volksabstimmung über eine Verfassunggebende Versammlung vorbereitet. Im Oktober 2006 trat Morales mit seinem Plan an die Öffentlichkeit, den Ende der 1980er Jahre privatisierten bolivianischen Bergbau wieder zu nationalisieren und damit Bodenschätze wie Zinn, Silber und Gold unter „die soziale Kontrolle des Volkes“ zu bringen. In den zurückliegenden Monaten haben jedoch Mas-

sendemonstrationen, Streiks und bewaffnete Krawalle mit Todesopfern zu einem unübersehbaren Machtverlust der Regierung Morales geführt und das Land tief gespalten. Die Provinzen Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando im reichen bolivianischen Tiefland haben sich für autonom erklärt, auch wenn sie die nationale Einheit nicht in Frage stellen.

In Ecuador soll eine Verfassunggebende Versammlung die Grundlagen für das politische Projekt des Präsidenten Rafael Correa – eines „radikalen demokratischen Wandels“ und eines „solidarischen Wirtschaftssystems“ – schaffen. Correa war im November 2006 in der Stichwahl für das Amt des Staatspräsidenten gegenüber seinem Rivalen erfolgreich, dem konservativen Bananenmillionär Álvaro Noboa. In seinem Wahlkampf hatte Correa indigenen Gruppen, Nationalisten und Globalisierungskritikern eine politische Heimat angeboten und versprochen, mit diversen „Revolutionen“ das politische System seines Landes zu erneuern (Minkner-Bünjer 2007). Bei der Wahl zu der Verfassungsversammlung konnte die Regierungsliste *Acuerdo País* 80 von 130 Sitzen gewinnen. Jedoch lassen der konfrontative Führungsstil des Präsidenten und seine Realpolitik der letzten Monate Zweifel an einem demokratischen Ablauf des Verfassungsprozesses und dessen Glaubwürdigkeit aufkommen.

Auch in Nicaragua will Präsident Daniel Ortega mit einer umfassenden Verfassungsreform die nicht näher definierte „direkte Demokratie des Volkes“ einführen. Ortega, einer der Führer der Sandinistischen Revolution von 1979, hatte sich bei den Präsidentschaftswahlen vom November 2006 durchgesetzt. Er hatte schon einmal das Präsidentenamt inne, das er 1990 – elf Jahre nach dem Sieg der Sandinisten – inmitten einer schweren Wirtschaftskrise an die konservative Oppositionskandidatin Violeta Chamorro von der *Unión Nacional Opositora* (UNO) abgeben musste. Anlässlich seiner erneuten Vereidigung als Staatspräsident im Januar 2007 kritisierte Ortega den „wildem Kapitalismus“, den er in seiner bisherigen Amtsführung mit der Konfiszierung von Anlagen ausländischer Unternehmen und aggressiver Rhetorik bekämpft, ohne dadurch die Arbeitslosigkeit und die chronische Energiekrise in dem zweitärmsten Land Lateinamerikas in den Griff zu bekommen.

Simón Bolívar „El Libertador“ (1783-1830)
Der Held des Befreiungskampfes gegen die spanische Kolonialherrschaft

Seit der Zeit Simón Bolívars wird die Idee eines politisch und wirtschaftlich geeinten Lateinamerikas immer wieder beschworen. „Niemals werden wir glücklich sein, niemals“ soll Bolívar prophezeit haben, solange die Vielfalt Lateinamerikas seiner Einheit entgegenstehe. Bolívar war erster Präsident der 1821 geschaffenen *República de Colombia*, ein Groß-Kolumbien, dessen Territorium die heutigen Staaten Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Panama umfasste. 1824 lud Bolívar die Regierungen der neuen iberamerikanischen Staaten Groß-Kolumbien, Argentinien, Mexiko, Chile und Guatemala zu einem Kongress nach Panama ein, um seine Vision einer politischen Vereinigung des lateinamerikanischen Subkontinents von Mexiko bis Chile und Argentinien voranzubringen – allerdings ohne Brasilien, das 1822 seine Unabhängigkeit von Portugal erklärt hatte. Die auf dem *Congreso Anfictiónico de Panamá* im Juni 1826 feierlich beschlossene „ewige Konföderation“ der teilnehmenden hispano-amerikanischen Republiken kam allerdings nie zustande, und auch Groß-Kolumbien zerfiel bereits 1830 wieder in mehrere Staaten.

El Libertador, der von einem Groß-Kolumbien als einziger Nation eines geeinten Iberoamerikas geträumt hatte, musste erleben, wie sich sein Traum in nichts auflöste. Amerika sei unregierbar, schrieb Bolívar in einem seiner letzten Briefe, und dieses Land werde unweigerlich in die Hände der zügellosen Massen fallen, um danach auf kaum erkennbare Klein-Tyrannen aller Hautfarben und Rassen überzugehen. Simón Bolívar starb am 17. Dezember 1830 – krank, enttäuscht und bankrott im kolumbianischen Santa Maria im Haus eines Spaniers, der ihm auf dem Weg in das Exil nach Europa Asyl gewährt hatte.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung in ihren Ländern sehen die neuen nationalistisch-linkspopulistischen Führungsfiguren die Chance für einen weitreichenden wirtschafts- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel – dem möglichst bald auch ganz Lateinamerika folgen soll auf dem „Vormarsch zum Bruch mit dem bürgerlich-kapitalistischen Modell“ (so die Begründung zu der von Chávez betriebenen Verfassungsreform). Am profiliertesten wird der Linksruck in Lateinamerika zweifellos von Präsident Chávez verkörpert, der den Sozialismus als Staatsziel in der Verfassung Venezuelas verankert wissen will und die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei durchgesetzt hat. Allerdings sieht sich Chávez als neu inthronisierter Präsident der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) inzwischen mit parteiinternen Flügelkämpfen konfrontiert. Sein Versuch, per Volksabstimmung eine Verfassungsänderung herbeizuführen, die seine autoritäre Herrschaft mit dem Recht auf unbegrenzte Wiederwahl sichern sollte, ist im Dezember 2007 knapp gescheitert. Auch ohne das „Ja“ zu einer neuen Verfassung verfügt Chávez jedoch über erhebliche Machtbefugnisse; das bereits im Januar 2007 vom venezolanischen Parlament erlassene Ermächtigungsgesetz, ideologietreue Institutionen wie die *Unión Nacional de Trabajadores* (UNT) sowie hohe Deviseneinnahmen aus dem Erdölex-

port ermöglichen ihm eine wirkungsvolle Herrschaftsausübung. An dem politischen und wirtschaftlichen Kurs seiner *revolución bolivariana* will er festhalten – vorerst ist ihm das nur bis Ende 2012 möglich, sofern kein zweiter Anlauf für eine Verfassungsänderung erfolgreich sein wird. Für die Verwirklichung seiner politischen Vision sucht Chávez weiterhin Verbündete und Gleichgesinnte in ganz Lateinamerika und auch in anderen Teilen der Welt. Ihm fällt jetzt die Führungsrolle in dem ideologischen Kampf für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu, nachdem sein Mentor, der 81-jährige Fidel Castro, der ein halbes Jahrhundert lang Kubas *Comandante en Jefe* war, den geordneten Rückzug von der politischen Bühne Lateinamerikas angetreten hat (Hoffmann 2008).

2. Die unzufriedenen Wählermehrheiten

Die Wählermehrheiten für „linke“ Führungspersönlichkeiten und deren antiliberalen Diskurse lassen sich kaum als breite Unterstützung der Bevölkerung für das Projekt eines nur diffus formulierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ interpretieren; vielmehr spiegelt sich in diesen Wahlergebnissen die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation wider. Zwar sind fast überall in

Lateinamerika während der „Modernisierungsdekade“ der 1990er Jahre Reformen in Richtung auf ein offenes, marktorientiertes Wirtschaftssystem durchgeführt worden. Aber da die Reformmaßnahmen inkonsistent waren und von begrenzter Reichweite blieben, konnte das Wachstumspotenzial der Strukturreformen nicht oder nur teilweise mobilisiert werden. Die „Wende zur Marktwirtschaft“ in Lateinamerika hat zwar zu einer Entstaatlichung der Wirtschaft geführt, nicht aber zur Verbesserung der staatlichen Handlungskompetenz bei der Etablierung einer Ordnungspolitik, ohne die eine Marktwirtschaft auf Dauer ebenso wenig auskommt wie ohne eine mehrheitlich akzeptierte Sozialpolitik.

Trotz des anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Wachstums während der zurückliegenden fünf Jahre (Sangmeister 2007, 2008) leben in Lateinamerika nach wie vor Millionen Menschen in absoluter Armut. Sie bleiben von der Teilhabe an den Vorteilen einer marktwirtschaftlich ver-

fassten Wettbewerbsgesellschaft ausgeschlossen. Die Hoffnungen vieler armer Menschen in Lateinamerika sind daher darauf gerichtet, dass die neuen „linken“ Regierungen den Kampf gegen die Armut nicht nur in Wahlkampfreden versprechen, sondern auch in Taten umsetzen. Die soziale Realität in vielen Ländern der Region ist von extremer Einkommensungleichheit geprägt und die Reproduktionsmechanismen der Armut lassen Millionen Menschen ohne Chancen, ihre materielle Lebenssituation zu verbessern. Allerdings sind Ausmaß der Armut und deren Intensität in den lateinamerikanischen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Tabelle 1). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Armuts-Statistiken stark von einander abweichen, je nachdem, ob für die Messung der Armutsinzidenz national definierte Armutslinien oder die international üblichen Armutslinien einer verfügbaren Geldsumme von US\$ 1 (absolute Armut) bzw. US\$ 2 pro Person und Tag verwendet werden.

Tabelle 1: Armut und Einkommensungleichheit in Lateinamerika und der Karibik 2000-2004

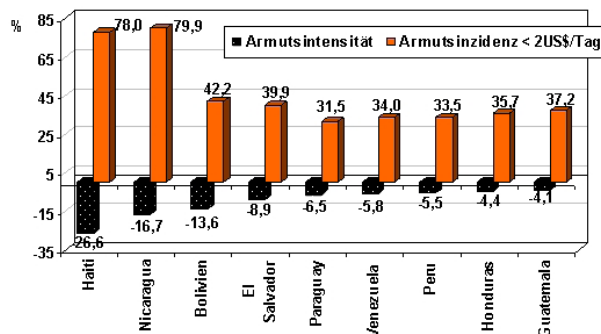
Land	Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutslinie (in %) 2000-04	Armutsinzidenz (in % der Bevölkerung) 2000-04		Armutsintensität [§] (in %) 2000-04	Anteil der ärmsten 10% am Gesamteinkommen ^h (in %) 2000-04	Anteil der reichsten 10% am Gesamteinkommen ⁱ (in %) 2000-04
		< US\$ 1 pro Tag ^e	< US\$ 2 pro Tag ^f			
Argentinien	29,9 ^a	5,7	18,2	1,4	1,1	39,0
Bolivien	62,7 ^b	23,2	42,2	13,6	0,3	47,2
Brasilien	21,5	7,7	21,8	2,4	0,9	45,9
Chile	17,0 ^c	2,0	7,6	0,5	1,3	46,2
Costa Rica	..	2,4	9,1	0,9	1,2	36,9
Dom. Rep.	42,2	2,4	14,1	0,5	1,4	41,1
Ecuador	46,0 ^c
El Salvador	37,2	19,0	39,9	8,9	0,8	38,8
Guatemala	56,2	12,1	37,2	4,1	1,1	44,0
Haiti	66,0 ^d	53,9	78,0	26,6	0,7	47,7
Honduras	50,7	14,9	35,7	4,4	1,2	42,2
Jamaika	18,7	2,0	15,7	0,5	2,3	34,8
Kolumbien	64,0 ^b	7,0	17,8	3,1	0,7	46,9
Mexiko	17,6	4,4	18,5	1,3	1,5	39,8
Nicaragua	47,9 ^c	45,1	79,9	16,7	2,2	33,8
Panama	..	6,9	17,7	1,9	0,8	43,4
Paraguay	..	15,0	31,5	6,5	0,7	45,6
Peru	53,1	13,8	33,5	5,5	1,0	40,3
Uruguay	24,7 ^a	2,0	4,8	0,5	1,9	33,9
Venezuela	..	13,7	34,0	5,8	1,2	33,9

.. Nicht verfügbar. ^a 1998, nur städtische Bevölkerung. ^b 1999. ^c 1998. ^d 1995, nur ländliche Bevölkerung. ^e Prozentualer Anteil der Personen, die pro Tag weniger als US\$ 1,08 zur Verfügung haben, an der Gesamtbevölkerung (Kaufkraftparitäten in internationalen Preisen von 1993). ^f Prozentualer Anteil der Personen, die pro Tag weniger als US\$ 2,15 zur Verfügung haben, an der Gesamtbevölkerung (Kaufkraftparitäten in internationalen Preisen von 1993). [§] Prozentualer Abstand des durchschnittlichen Einkommens der Armen unterhalb der Armutslinie (US\$ 1,08/ Tag; Kaufkraftparitäten in internationalen Preisen von 1993). ^h Prozentualer Anteil des untersten Dezils der nach Einkommenshöhe geschichteten Bevölkerung an dem Gesamteinkommen oder Gesamtkonsum. ⁱ Prozentualer Anteil des obersten Dezils der nach Einkommenshöhe geschichteten Bevölkerung an dem Gesamteinkommen oder Gesamtkonsum.

Quelle: World Bank, World Development Report 2008, Washington, D.C. 2007, S. 336-337; World Development Indicators Online, <www.worldbank.org>.

Legt man die international vergleichbare Armutslinie von US\$ 2 am Tag zugrunde, dann gehörten Nicaragua, Haiti, Bolivien, El Salvador und Guatemala zu den lateinamerikanischen Ländern mit der höchsten Armutsinzidenz, und für Haiti, Nicaragua und Bolivien wurde die größte Armutsintensität gemessen, d.h. hier lag das durchschnittliche Einkommen der absolut Armen am weitesten unterhalb der Armutslinie. Auch in Venezuela lag der Armutsindex für die Armutslinie von US\$ 2 am Tag mit 34% deutlich über dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 23,5% (vgl. Abbildung 1). Zwar mag es spekulativ sein, einen Zusammenhang konstruieren zu wollen zwischen den Wahlsiegen der „linken“ nationalistisch-populistischen Kandidaten in Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Venezuela einerseits, und dem Ausmaß der Armut in ihren jeweiligen Ländern andererseits – aber völlig auszuschließen ist eine solche Beziehung nicht.

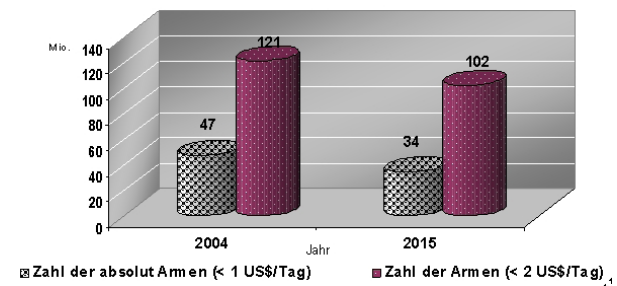
Abbildung 1: Armutsinzidenz und Armutsintensität in lateinamerikanischen Ländern 2000-2004 (in %)



Quelle: Tabelle 1.

Selbst wenn mittelfristig die Pro-Kopf-Einkommen jährlich um mehr als 2% steigen, werden Weltbank-Schätzungen zu Folge in Lateinamerika auch im Jahr 2015 noch immer über 100 Millionen Menschen in Armut leben, sofern es nicht gelingt, die Ergebnisse des wirtschaftlichen Wachstums gleichmäßiger zu verteilen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Armut in Lateinamerika 2004 + 2015



Quelle: World Bank, Global Development Prospects 2008, Washington, D.C. 2008, S.46.

Den „linken“ Regierungen in Lateinamerika wird zugutegehalten, dass sie den Kampf gegen die Armut nicht nur in Wahlkampfreden versprechen, sondern auch in die Tat umsetzen. Tatsächlich hat sich in Venezuela der von dem *United Nations Development Programme* (UNDP) ermittelte *Human Development Index* zwischen 2000 und 2005 von 0,770 auf 0,792 (auf der Skala von 0 bis 1) verbessert. Vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit sind gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten Venezuelas spürbare Verbesserungen erzielt worden. Staatliche Projekte wie die „Missionen“ *Ribas*, *Robinson I + II* oder *Sucre* haben mit Unterstützung durch kubanische Lehrer in den städtischen Armenvierteln und bei der armen Landbevölkerung durch den Bau von Schulen und die kostenlose Verteilung von Schulbüchern materielle Voraussetzungen für eine bessere Grundschulbildung geschaffen. Und Projekte wie *Barrio Adentro* und *Milagro*, an deren Durchführung Tausende Ärzte aus Kuba beteiligt waren („Ärzte gegen Öl“), ermöglichen der armen Bevölkerung Venezuelas Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung in ihren Wohnvierteln.

Der bildungs- und gesundheitspolitischen Erfolgsbilanz des *Chavismo* auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite wirtschaftspolitische Negativposten gegenüber. Staatliche Überregulierungen und politisch motivierte Markteingriffe haben zu empfindlichem Mangel an Grundnahrungsmitteln wie Milch, Reis, Speiseöl, Eiern und Fleisch geführt und die Inflation, gegen die sich die ärmste Bevölkerung am wenigsten absichern kann, droht sich 2008 auf deutlich über 20% zu beschleunigen. Chávez kann sich die großzügige Finanzierung seiner Sozialprogramme leisten, solange der Erdölpreis hoch bleibt und er sich an dem Staatshaushalt vorbei, aus den Kassen des staatlichen Erdölkonzerns PdVSA bedienen kann. Die Durchführung der Programme ist we-

nig transparent und eine nachvollziehbare Überprüfung der Ausgaben fehlt. Der Konzern PdVSA, der mit dem Slogan „Erdöl für das Volk“ wirbt, soll allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2006 über US\$ 8 Mrd. für die Missions-Programme abgeführt haben; in Folge von Missmanagement in dem von Chávez-Anhängern kontrollierten Unternehmen und unterlassenen Investitionen hat sich die Förderkapazität von PdVSA während der bisherigen Amtszeit von Chávez halbiert, so dass dem Staat Milliarden-Einnahmen entgehen. Damit ist aber die dauerhafte Finanzierbarkeit des rentenabhängigen Entwicklungsmodells des *Chavismo* gefährdet, auf das auch in anderen Ländern Lateinamerikas wieder gesetzt wird.

An dem *Chavismo* in Venezuela zeigt sich exemplarisch ein zentrales ordnungspolitisches Problem des (Neo-)Populismus: Der Versuch, soziale Integration hauptsächlich durch korporatistische und klientelistische Beziehungsmuster zu erreichen. Es unterbleibt die Herstellung eines demokratischen Konsenses über das mehrheitsfähige Ausmaß staatlicher Umverteilungspolitik, die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates (Parlament, Parteien, Gerichte, Opposition) werden übergangen, und an die Stelle deren Vermittlungsleistungen zwischen Staat und Gesellschaft tritt das Versprechen emotional überhöhter Direktbeziehungen zwischen dem Volk und der charismatischen Führungspersönlichkeit.

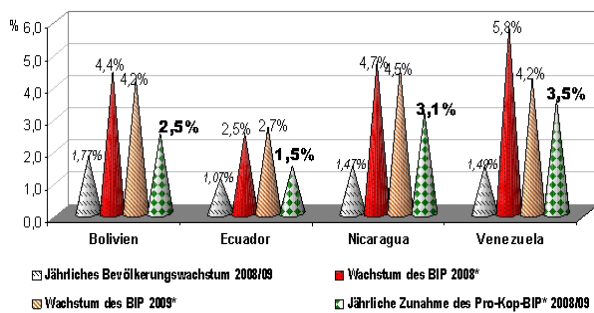
Für einen staatlich organisierten Solidarausgleich bedarf es eines gesellschaftlichen Konsenses über die Bedeutung von Sozialpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der demokratischen Ordnung. Ein solcher Konsens steht in den stark segmentierten lateinamerikanischen Gesellschaften noch aus. Welchen Aufwand für soziale Absicherung und für die Solidarität mit den sozial Schwachen eine Gesellschaft zu akzeptieren bereit ist, hängt von ihren Präferenzen ab – und davon, wie viel Ungleichheit sie aushalten kann. Eine auf soziale Integration gerichtete Politik erfordert aber nicht nur die Zustimmung der Wählermehrheit zu dem Ausmaß staatlicher Umverteilungspolitik, sondern auch eine tragfähige Integrationsstrategie, mit der die produktive Einbindung der bislang marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den Wirtschaftskreislauf erreicht werden kann.

3. Armutsreduzierung durch breitenwirksames Wirtschaftswachstum

Mit der Verteilung von Almosen kann das Armutsproblem in den lateinamerikanischen Gesellschaften nicht gelöst werden. Staatlicher Assistenzialismus läuft Gefahr, nicht nachhaltig zu sein, wenn er überwiegend nur alimentierenden Charakter hat und kaum dazu beiträgt, die Zielgruppen in den produktiven Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Erforderlich sind Strategien breitenwirksamen Wirtschaftswachstums, das gezielt zur Armutsreduzierung eingesetzt wird. Dies bedeutet, dass die arme Bevölkerung überproportional von dem Wirtschaftswachstum profitieren muss, damit eine möglichst große Zahl von armen Menschen über die Armutslinie gehoben wird. *Pro-Poor-Growth*-Strategien haben folglich darauf gerichtet zu sein, arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die von dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozess ausgeschlossen sind, in die Lage zu versetzen, zu diesem Prozess beizutragen und von ihm zu profitieren. Im Fokus solcher Strategien müssen mithin diejenigen marginalisierten Bevölkerungsgruppen stehen, die durch Befähigung zu produktiver Beschäftigung und Unternehmertätigkeit in den wirtschaftlichen Wachstumsprozess integriert werden können. Dies erfordert beispielsweise bedarfsorientierte Qualifizierungen der Zielgruppen durch Maßnahmen der beruflichen Bildung sowie den Abbau von regulativen und administrativen Hürden für die Formalisierung von Beschäftigungsverhältnissen und unternehmerischen Tätigkeiten.

Weltbank-Projektionen zufolge ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Venezuela rein rechnerisch ausreichend für moderate Erhöhungen der Pro-Kopf-Einkommen, da das Bevölkerungswachstum in diesen Ländern unterhalb der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt, die für 2008 und 2009 erwartet werden (vgl. Abbildung 3). Der projektierte jährliche Zuwachs des Pro-Kopf-BIP ist mit 3,5% in Venezuela am höchsten, der geringste Verteilungsspielraum ergibt sich in Ecuador, wo die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung je Einwohner in den Jahren 2008/09 nur jeweils 1,5% betragen wird.

Abbildung 3: Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum 2008/09



* Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in konstanten US\$ von 2000.

Quelle: United Nations Population Division, World Population Prospects: The 2006 Revision Population Database, <<http://esa.un.org/unpp>>; World Bank, Global Development Prospects 2008, Washington, D.C. 2008, S. 180-181.

Wirtschaftliches Wachstum ist allerdings nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Strategie zur Verminderung der Armut. An der Armutsreduzierung orientierte Strategien breitenwirksamen Wachstums stimulieren die Wirtschaft vor allem in den Bereichen und Sektoren, in denen die arme Bevölkerung überwiegend ihren Lebensunterhalt verdient. Aber Wirtschaftswachstum kann nur dann zu Armutsminderung und nachhaltiger Entwicklung beitragen, wenn es gelingt, die armen Bevölkerungsgruppen in produktive Beschäftigung zu bringen und ihr unternehmerisches Potenzial zu entfalten.

Ohne den Abbau der vielfältigen Hemmnisse, die eine Mobilisierung des ökonomischen Potenzials der armen Bevölkerungsschichten Lateinamerikas behindern, wird der Reproduktionsmechanismus der Armut nicht durchbrochen werden. Lateinamerika wird weiter an weltwirtschaftlicher Bedeutung verlieren, wenn es nicht gelingt, die tradierten korporatistischen Verteilungskartelle zu überwinden und ein zukunftsfähiges Reformprojekt für eine gesellschaftliche Erneuerung und Modernisierung umzusetzen. Zukunftsfähige Entwicklung in Lateinamerika muss auch für Millionen bislang marginalisierter Menschen bedeuten, ihre materielle Existenz in einer dauerhaft lebenswerten Umwelt selbstbestimmt gestalten zu können. Dieses Ziel ist mit einem *socialismo tropical*, mit einem rückwärts gewandten sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kaum zu erreichen. Und Hugo Chávez' Projekt einer *Alternativa Bolivariana para la América* droht Lateinamerika vielmehr zu spalten, als den Subkontinent Simón Bolívars Vision eines geeinten Lateinamerikas näher zu bringen. An wohlklingenden Namen für Projekte einer politischen,

wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integration der Region fehlt es nicht. So haben die zwölf Staaten Südamerikas im April 2007 dem venezolanischen Vorschlag zur Umbenennung der 2004 gegründeten *Comunidad Suramericana de Naciones* in *Unión de Naciones Suramericanas* (UNASUR) zugestimmt, und man konnte sich auch auf ein ständiges Exekutivsekretariat verständigen, das seinen Sitz in einem Stadtteil der ecuadorianischen Hauptstadt Quito mit dem beziehungsreichen Namen *Ciudad Mitad del Mundo* haben soll. Aber Erweiterung und Vertiefung der lateinamerikanischen Integrationsprozesse kommen kaum voran, und die Bereitschaft der Beteiligten zur Zusammenarbeit und zu partiellem Souveränitätsverzicht zu Gunsten supranationaler Integrationsinstitutionen bleibt begrenzt. Anfang März 2008 drohten sogar bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen südamerikanischen Staaten: Die UNASUR-Mitglieder Ecuador, Nicaragua und Venezuela brachen ihre diplomatischen Beziehungen zu dem UNASUR-Mitglied Kolumbien ab, um damit gegen Aktionen des kolumbianischen Militärs auf ecuadorianischem Territorium zu protestieren, das Guerillakämpfer der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (Farc) verfolgt und getötet hatte. Um den Ernst der Lage zu betonen, ließen Venezuelas Staatschef und sein ecuadorianischer Amtskollege mehrere tausend Soldaten an die Grenze zu Kolumbien in Marsch setzen. Erst nach einer Woche konnte die schwere Krise bei dem Gipfeltreffen der Rio-Gruppe in der Dominikanischen Republik friedlich beigelegt werden.

Literaturverzeichnis

- Buitrago, Miguel A. (2007): Boliviens neue Verfassung – ein Land vor der Zerreißprobe, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 12.
- Hoffmann, Bert (2008): Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 2.
- Jost, Stefan (2006): Bolivien nach dem politischen Erdbeben, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 2.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2007): Ecuador unter Correa: Rückkehr zur Stabilität?, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 4.
- Sangmeister, Hartmut (2008): Lateinamerikas Wirtschaftswachstum verliert 2008 an Dynamik, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 1.
- (2007): Lateinamerikas Wirtschaft erwartet 2007 ein weiteres gutes Jahr, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 1.
- Welsch, Friedrich (2006): Chávez' Wahlsieg: Ein Mandat für die sozialistische Revolution?, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 12.

■ Der Autor:

Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Sangmeister lehrt Entwicklungsökonomie an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas; wirtschaftspolitische Reformprozesse und regionale Integration im südlichen Lateinamerika.

E-Mail: hartmut.sangmeister@urz.uni-heidelberg.de; <www.wss.uni-heidelberg.de/epol>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema:

Im Analysefeld „Armut und Überlebensstrategien“ des Forschungsschwerpunkts 3 „Transformation in der Globalisierung“ forschen GIGA-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Armut als komplexes und multidimensionales Phänomen. Das Projekt „Determinanten der Nachfrage nach Mikroversicherungen – Die Fälle Ghana und Peru“ von Susan Steiner, Lena Giesbert und Mirko Bendig befasst sich u.a. mit Strategien des Risikomanagements einkommensschwacher Haushalte.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Faust, Jörg (2006): „The Political Economy of Decentralization in Latin America“, in: *Iberoamericana*, Nr. 22, S. 164-170.

---(2006): „Demokratie, Autokratie und gesamtwirtschaftliche Produktivität in Lateinamerika“, in: *Lateinamerika Analysen* 15, S. 3-29.

Fritz, Barbara/ Mühlich, Laurissa (2006): *Regional Monetary Integration among Developing Countries: New Opportunities for Macroeconomic Stability beyond the Theory of Optimum Currency Areas?*, GIGA Working Paper 38.

Fritz, Barbara/ Hujo, Katja (Hrsg.) (2005): *Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas. Erkundungen zu Geld und Kredit, Sozialpolitik und Umwelt*. Frankfurt: Vervuert.

Preusse, Heinz G./ Schlageter, Karten M. (2007): „Perspectives of MERCOSUR“, in: *Lateinamerika Analysen* 18, S. 31-56.

Rösler, Peter (2006): „Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika und in der Karibik“, in: *Lateinamerika Analysen* 15, S. 199-224.

Sangmeister, Hartmut: Kann Lateinamerika von der Globalisierung des Kapitals profitieren? *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 9.

--- (2006): „Ökonomische Aspekte der Krisenanfälligkeit Lateinamerikas“, in: Boeckh, Andreas/ Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): *Krisenregionen in Lateinamerika* (Beiträge zur Lateinamerikaforschung 19). Hamburg: IIK, S. 27-47.

---/ Melchor del Río, Amaranta (2006): „Lateinamerika in der neuen internationalen Arbeitsteilung: Chancen und Risiken“, in: *Lateinamerika Analysen* 14, S. 169-192.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM